

***** Presseerklärung der Grünen Fraktion Hamburg *****

***** 27. Mai 2025 *****

Krankenhaus Groß-Sand

Rot-Grün stellt Initiative für innovativen Gesundheitsstandort in Wilhelmsburg vor

Das Erzbistum Hamburg hat heute seine Pläne für Veränderungen am Krankenhaus Groß-Sand in Wilhelmsburg bekannt gegeben. Demnach wird das Bistum die medizinischen Angebote sukzessive abbauen und an andere Standorte verlagern. In Groß-Sand verbleiben für einen Übergangszeitraum die Geriatrie sowie die Neurologische Frührehabilitation. Für die Regierungsfractionen von SPD und Grünen ist die Entscheidung des Bistums unzureichend – sie fordern ein Ende der jahrelangen Unsicherheit für Beschäftigte und Stadtteil. Um die Gesundheitsversorgung in Wilhelmsburg zu erhalten und weiterzuentwickeln, setzen sich die Fraktionen für eine zukunftsorientierte Entwicklung des Standortes Groß-Sand und ein neuartiges Behandlungs- und Versorgungskonzept ein (siehe Anlage). Über den rot-grünen Antrag entscheidet die Hamburgische Bürgerschaft am 18. Juni.

Dazu **Linus Görg**, Sprecher für Gesundheit der Grünen Fraktion Hamburg: „Eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Hamburg ist unser zentrales Ziel. Dafür müssen wir die individuellen Versorgungsbedarfe in den Stadtteilen in den Blick nehmen und auf Basis der Krankenhausreform des Bundes passgenaue Angebote schaffen. Die Zukunft des Klinikums Groß-Sand hing in den letzten Jahren in der Schwebe, da das Erzbistum als bisheriger Träger kein langfristiges Konzept hatte, was zu großer Unsicherheit unter den Mitarbeitenden und den Menschen in Wilhelmsburg führte. Dieser Zustand muss ein Ende finden. Die heute vorgestellten Planungen des Erzbistums greifen jedoch zu kurz. Die Entscheidung, den Standort sukzessive zu schließen, sorgt leider zunächst für mehr Unsicherheit. Jetzt liegt es an der Stadt, diesen Zustand zu beenden: Wir brauchen am Standort Groß-Sand eine ‚Stadtteilklinik in einem Stadtstaat‘, um weiterhin stationäre Betten für sogenannte Kurzzeitlieger vorzuhalten. Zudem soll das MVZ zu einem interdisziplinären Zentrum ausgebaut werden, mit Notfallsprechstunden und Behandlungen außerhalb der Praxisöffnungszeiten. Damit bleibt die Gesundheitsversorgung für die Menschen in Wilhelmsburg langfristig erhalten. Zudem ist es sehr wichtig, dass den Beschäftigten, die durch die Schließung des Klinikums vor vollendete Tatsachen gestellt werden, der Übergang in eine erfolgreiche berufliche Zukunft ermöglicht wird.“

Dazu **Claudia Loss**, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hamburg: „Das Erzbistum Hamburg setzt mit seinen Plänen die jahrelange Hängepartie für die Klinikbeschäftigten und die Menschen in Wilhelmsburg fort. Das wird seiner Verantwortung

für den Standort und die Beschäftigten nicht gerecht. Es ist dem Bistum weder gelungen, ein tragfähiges und wirtschaftliches Betriebskonzept aufzusetzen, noch Investoren für den Standort zu gewinnen. Dabei hatte der Senat potentiellen Investoren jederzeit Unterstützung für ein zukunftsfähiges Betriebskonzept zugesichert und dafür bis zu 20 Millionen Euro Investitionsmittel bereitgehalten. Letztlich lag es einzig und allein in der Verantwortung des Erzbistums, eine tragfähige Lösung zu erreichen. Das Bistum muss den Wilhelmsburger:innen erklären, warum ihm dies nicht gelungen ist. Wir erwarten, dass sich das Erzbistum nun an einer schnellen, nachhaltigen und sozialverträglichen Lösung für den Stadtteil, die Beschäftigten und die Auszubildenden beteiligt. Groß-Sand muss langfristig ein wichtiger Standort für die Gesundheitsversorgung bleiben. Wir werden dafür neue und innovative Konzepte für die medizinische Versorgung im Stadtteil auf den Weg bringen. Mit einer Stadtteilklinik wollen wir eine in Hamburg einmalige Einrichtung schaffen. Sie bietet neben interdisziplinären ambulanten Behandlungsangeboten auch stationäre Betten für sogenannte Kurzzeitlieger. Das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) soll am Standort verbleiben und möglichst gestärkt werden. Das innovative Behandlungskonzept STATAMED verbindet ambulante und stationäre Behandlung mit telemedizinischen Möglichkeiten. Auch der Verkauf der Liegenschaft an die Freie und Hansestadt Hamburg ist eine Option. Wir erwarten hierzu, dass das Erzbistum zügig konstruktive und für die Stadt tragbare Gespräche führt. Die Menschen in Wilhelmsburg können sich sicher sein: Wir setzen uns mit aller Kraft für eine gute Gesundheitsversorgung in ihrem Stadtteil ein. Wir wollen daher zeitnah eine Befassung im Gesundheitsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft auf den Weg bringen.“

Nicolas Garz

Pressesprecher

Grüne Fraktion Hamburg

Burchardstraße 21, 20095 Hamburg

Telefon: +49-40-42831-2175

Mobil: +49 15758526106

nicolas.garz@gruene-fraktion-hamburg.de

www.gruene-hamburg.de